

12.10.2011

## Auf Dienstreise in Japan

Bärbel Höhn, Sie waren vom 10.-17. Oktober 2011 auf Dienstreise in Japan. Wie kam es zu dieser Reise?

Ich war bereits Anfang August 2011 bei den Gedenkfeiern zum Abwurf der Atombombe über Hiroshima und Nagasaki in Japan. Im Rahmen dieser Reise bin ich zu einer Konferenz im Oktober nach Kyoto eingeladen worden. Der Wunsch zu wissen, wie der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland funktioniert, ist in Japan sehr groß. Und wenn ich dort schon hinreise, wollte ich mir auch zwei Tage die Zeit nehmen, nach Fukushima zu fahren, um mir die Situation vor Ort anzusehen. Denn es war mir wichtig, mit den Menschen dort zu reden und die Situation kennenzulernen. Dadurch habe ich einen viel besseren Eindruck von der Lage bekommen.

Wie gehen die Menschen in Fukushima mit der Situation um?

Die Leute gehen ganz unterschiedlich damit um. Viele machen einfach weiter so wie bisher. Sehr viele sehen die Situation noch gar nicht als ein Problem an. Es gibt allerdings auch viele Menschen, die aus Fukushima weggehen, weil es ihnen zu gefährlich ist. Ich habe eine Frau getroffen, die ihren Job in Fukushima aufgegeben hat und mit ihrem Sohn nach Kyoto gegangen ist. Auch ohne finanzielle Hilfe. Es entstehen oft Brüche in der Familie selbst. Die Frauen wollen weg, während die Männer ihre Arbeit und den guten Verdienst nicht aufgeben wollen. Viele schicken also nur ihre Kinder weg oder aber die Frauen gehen mit den Kindern. Da kommt es manchmal bis zur Scheidung. Es ist in der japanischen Kultur so, dass Probleme nicht öffentlich diskutiert oder zugegeben werden. Auch Demonstrationen sind sehr verpönt. Am Anfang gab es nur kleine Demonstrationen von ein paar hundert Leuten. Das hat sich geändert. Im September gab es eine Demonstration von 50 000 Menschen. Das war absolut ungewöhnlich. Aber auf die Dauer merken die Menschen, dass es gar nicht mehr vorbei geht. Die Strahlung hört nicht auf; sie bleibt einfach. Den Leuten wird erst jetzt richtig bewusst, was da alles dranhängt. Dennoch sind sie sehr geduldig. Wir haben auch Notunterkünfte besucht. 43 Leute, die aus dem Sperrgebiet kamen, lebten in einer Turnhalle und hatten mit 20 cm hohen Pappkartons sich Plätze für ein oder zwei Personen abgesteckt. Das waren nicht mehr als zwei mal drei Meter. Sie hatten keine Privatsphäre und das schon seit fast einem halben Jahr. Das fand ich sehr bedrückend, aber auch ein Zeichen für die Geduld vieler Menschen. Alles in allem kann man sagen: Die jungen, die beweglichen Menschen verlassen die Region, die Alten und Unflexiblen bleiben.

Was haben die Bürgermeister vor Ort berichtet?

Am spannendsten fand ich die Aussage des Bürgermeisters von Iitate, früher das Freiburg von Fukushima, 45 km von der Reaktorkatastrophe entfernt. Das ganze Dorf musste wegen zu hoher Strahlenwerte umgesiedelt werden. Er sagte, er und seine Kollegen wären mit der Situation absolut überfordert. Das sei ein nationales Problem kein Regionales oder Lokales. Genau zu diesem nationalen Problem wird es immer mehr. Wohin mit dem kontaminierten Bauschutt, der Erde und anderen Abfällen? Die sollen jetzt in ganz Japan verteilt werden. Was ist mit kontaminierten Lebensmitteln, die immer wieder auftauchen? Die Grenzwerte sind mit 500 Becquereln pro Kilogramm bei festen Lebensmitteln und 200 Becquerel pro Kilogramm bei flüssigen Lebensmitteln viel zu hoch und vor allem zu undifferenziert angesetzt. Reis, das Hauptnahrungsmittel, dürfte einen solch hohen Wert auf keinen Fall aufweisen.

Wie stehen die Menschen zur Atomkraft und den Betreibern?

Laut Umfragen wollen 70-80% der Bevölkerung raus aus der Atomkraft. Die Bevölkerung glaubt Tepco gar nichts mehr, zumindest die kritische Bevölkerung. Die meisten in dieser Region sind einfach nur noch

wütend auf Tepco, weil sie das Unternehmen für den Verursacher halten. Sie haben von Tepco 10 000 Euro als vorläufige Entschädigung bekommen. Sie haben ihr Haus, ihre Arbeit, ihre Zukunft verloren. Die Leute sind so sauer. Die Japaner werden zunehmend ungeduldig und wütend, weil sie merken, sie kommen als Person mit dieser Situation einfach nicht klar.

Und wie steht die Regierung zur Atomkraft?

Der damalige Ministerpräsident Kan, der auch zu der Zeit als die Katastrophe passierte Premierminister war, hat gesagt, wir wollen raus aus der Atomkraft. Sein Nachfolger - Kan ist ja abgetreten - hat ganz klar gesagt, wir bleiben in der Atomkraft. Auch die etablierten Parteien, also die demokratische und die liberale Partei, sind klar für die Atomkraft. Es gibt allerdings auch einige Abgeordneten zum Beispiel bei den Sozialdemokraten, die für den Stopp sind. Sie wollten auch schon vor Fukushima aus der Atomkraft aussteigen. Aber die Abgeordneten der Mehrheitsparteien momentan überhaupt nicht. Jetzt ist eher die Diskussion, ob die abgeschalteten Atomkraftwerke wieder angefahren werden. Momentan stehen 45 von 54 Atomkraftwerken still. Sie sollen einem Stresstest unterzogen werden und dann ist die Frage, ob sie wieder angefahren werden. Aber in Japan flackert keine Lampe. Das funktioniert im Großen und Ganzen auch ohne die 45 Atomkraftwerke. Selbst die Reklame leuchtet weiter. Man sieht von Energieeinsparungen nicht allzu viel. Es ist die Frage, warum müssen sie wieder angefahren werden, wenn es seit einem halben Jahr auch ohne sie geht.

Wie passt es denn zusammen, wenn 70 bis 80 % der Bevölkerung gegen die Atomenergie sind und die Regierung bleibt trotzdem dabei?

In Japan gibt es ein ganz komisches politisches System. Wenn neue Kandidaten dort einsteigen wollen, müssen sie hunderttausende von Euros hinterlegen. Die Grünen zum Beispiel brauchen eine halbe Millionen Euro, um mit den zehn notwendigen Kandidaten an der Wahl teilnehmen zu können. Das heißt, es ist ein starres System, dass neuen Bewegungen überhaupt keine Möglichkeit gibt zu kandidieren und offensichtlich die Meinungen der Bevölkerung sehr wenig aufnimmt. Es existieren richtige Politikfamilien, aus denen wieder die nächsten Politiker kommen.

Außerdem wird traditionell unheimlich viel für Atomkraft geworben. Die großen Unternehmen haben einen unglaublichen Einfluss auf die Politik. Wir erleben ja Ähnliches mit deutschen Energiekonzernen. Und auch Tepco hat immer noch einen massiven Einfluss auf die Politik.

Wie entwickelt sind die Alternativen zur Atomenergie in Japan?

Erneuerbare Energien sind noch sehr gering entwickelt. Wobei grade in der Tsunamieregion das Interesse alternative Energien aufzubauen, sehr wohl da ist. Japan hat eine lange Küste. Das heißt, es herrschen dort ideale Windverhältnisse. Die günstigste der erneuerbaren Energien wäre also die Onshore -Windkraft. Aber die Atomkonzerne versuchen Stimmung gegen die erneuerbaren Energien zu machen. Sie sagen, die Windkraftanlagen würden umkippen, wenn Wirbelstürme kommen. Obwohl die Anlagen, die es gibt, dem Tsunami standgehalten haben.

Gibt es eine Partei in Japan, die vergleichbar ist mit den deutschen Grünen?

Es gibt eine kleine Bewegung. Diese hat auch schon ihre Kontaktpersonen in den Kommunalparlamenten. Auch eine Reihe unabhängiger Kandidaten bekennt sich zu den Grünen. Eine richtige grüne Partei gibt es allerdings noch nicht. Sie soll aber nächstes Jahr gegründet werden. Die japanischen Grünen sind momentan vergleichbar mit den deutschen Grünen in ihrer Anfangsphase. Es ist noch eine sehr unstrukturierte Gruppe, die sich erst mal zusammenraufen muss.

Wie wurde ihr Besuch in Japan aufgenommen?

Die Veranstaltungen auf denen ich war, waren überlaufen. Es mussten zusätzliche Räume geöffnet werden und die Leute standen manchmal auf dem Flur. Viele wollten wissen, wie wir das mit dem Atomausstieg machen und welche Alternativen es gibt. Die Diskussion in der Bevölkerung ist sehr rege. Interessant fanden sie vor allem, dass Deutschland auch wirtschaftlich vom Ausstieg profitiert. Mittlerweile haben wir über zehnmal so viele Arbeitsplätze in erneuerbaren Energien wie im Bereich der Atomwirtschaft.

Außerdem wollen die Menschen dort Expertise. Sie wollen, dass Experten aus Europa kommen und sagen, dass die Strahlengrenzwerte, die angesetzt worden sind, zu hoch sind. Vorher gab es einen Wert von einem Millisievert Bestrahlung pro Jahr. Jetzt hat die Regierung 20 Millisievert festgesetzt. Das ist natürlich extrem hoch. Mit ihren Protesten vor Ort wollen die Bürgerinitiativen unter anderem erreichen, dass Menschen, die aus diesen Gebieten freiwillig weggehen wollen, unterstützt werden. Das geht aber nur, wenn dieser hohe Wert nicht zum Maßstab wird. Deshalb sind sie sehr auf Rat von außen und Aussagen von Strahlenexperten angewiesen. Ich werde auf jeden Fall Verbindungen mit Strahlenexperten in Deutschland aufnehmen, die dann möglichst nach Japan gehen und die Initiativen unterstützen. Wir haben bereits mehrere Möglichkeiten überlegt, wie wir die Arbeit der Leute dort vor Ort unterstützen können.